

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

9.4.1931 (No. 82)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsriedrich-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 253  
und 254  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
G. W. M. M. M.,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und demgemäß werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern betrachtet. Bei Anzeigeneinstellung, Anzeigenerhebung, Anzeigenerstattung und Kontoführung fallen die üblichen Gebühren an. — Für telefonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanmelderegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Amerikanisches Straßenwesen

Von Ministerialdirektor Dr. Fuchs

Wie seinerzeit gemeldet, sprach der Präsident der Badischen Wasser- und Straßenbaudirektion, Ministerialdirektor Dr. Fuchs, im Mittelbadischen Architekten- und Ingenieurverein in Karlsruhe über die Eindrücke und Erfahrungen, die er aus der Teilnahme am vorjährigen internationalen Straßenkongress in Washington und der anschließenden Studienreise gewonnen hat.

An dem vorzüglich vorbereiteten Kongress nahmen 68 Nationen teil. Der Präsident der Vereinigten Staaten empfing sämtliche Teilnehmer, denen im übrigen von den Behörden, Handelskammern und Industrie jede mögliche Förderung zu Teil wurde.

Nach vor 30 Jahren bestand das ganze Landstraßennetz der „Staaten“ nur aus Erdwegen, in der Obhut der Gemeinden und Kreise. Dann nahmen sich die einzelnen Bundesstaaten der wichtigsten Straßen an. Das genügte aber bei dem zunehmenden Autoverkehr auch nicht mehr. Der Bund selbst mußte später Einfluss auf das große Verkehrsnetz nehmen und dieses generell in den sogenannten „United States Highways“, den „Landstraßen I. Ordnung“, durch ein besonderes Amt festlegen. Das Eigentum dieser Landstraßen steht aber nach wie vor den einzelnen Bundesstaaten zu, die vom Bund eine Subvention bis zu 50 v. H. der Herstellungskosten und bis zu 15 000 Dollars auf eine Meile erhalten. Im ganzen gibt es heute 314 000 Meilen (1 amerikanische Meile = 1,6 Kilometer) Staatsstraßen, von denen 193 000 Meilen zu den United States Highways zählen. Die Beihilfen des Bundes betragen sich 1929 und 1930 auf je 75 000 000 Dollars, 1931 sind sogar 125 000 000 Dollars vorgesehen! Das Gesamtnetz hat 3 000 000 Meilen, davon sind neun Zehntel im Besitze der Kreise und Gemeinden.

Von den Staatsstraßen sind auch heute ein Drittel feste Erdwege, ein Drittel sind lediglich Kiesstraßen und nur das restliche Drittel hat feste Decken. Bei letzteren überwiegt die Betonstraße. Von den Bezirks- und Gemeindegewegen mit 2,7 Millionen Meilen sind immer noch fünf Sechstel Erdwege. Der Farmer muß häufig 10–15 Meilen auf diesen Feldwegen zurücklegen, ehe er auf eine geordnete Straße kommt.

Die Verbesserung der Wege geschieht etwa in folgender Weise: Der einfache, oft krumme, oft aufwändige Feldweg erhält zunächst Seitenentwässerung und wird mit Maschinen eingeebnet. Die nächste Stufe besteht in der Aufbringung von Kies. Auch bei diesen Kieswegen werden die Maschinen von Zeit zu Zeit mit Maschinen wieder verbessert. Den folgenden Grad stellt die Oberflächenbehandlung mit flüssigem, warm oder kalt aufgetragenen Öl oder Asphalt dar; dabei wird die Oberfläche durch Aufwalzen von Splint getaut. Für die großen Fernstraßen wird seit 12 Jahren zum Betrau übergegangen. Deren Breite beträgt 6 Meter für 2 Spuren, 12 Meter für deren 4. Ein Quadratmeter Betonstraße kostet nur 8–10 RM, also weniger als in Deutschland, trotz höherer Löhne. Dies ist nicht nur deshalb möglich, weil Kies und Zement billiger sind, sondern auch weil große Strecken auf einmal hergestellt werden, unter ausgedehnter Verwendung von Maschinen. Eine solche Straßenbaulohnne benötigt nur ganz wenig Leute. Die Rentabilitätsfrage für die Betonstraße ist gegenüber deutschen Verhältnissen auch dadurch verschoben, daß der Zinsfuß für das investierte Kapital nicht halb so hoch ist wie bei uns.

Die großen Fortschritte im Straßenbauwesen verdankt Amerika auch der engen Zusammenarbeit zwischen Industrie und Wissenschaft. Jeder Staat hat besondere Versuchslabors und Versuchsbaustraßen.

Der Ausbau der Straßen erfolgt nach großen Programmen, die aber so aufgestellt sind, daß sie auch jeweils durchgeführt werden können. Die Mittel werden zum Teil aufgebracht durch die gewöhnlichen Steuern, insbesondere Grundsteuern; die Verwendung von Steuermitteln wird damit begründet, daß die Straßen Handel, Industrie und Landwirtschaft zugute kommen. Für Ortsstraßen werden, ähnlich wie bei uns, Anliegerbeiträge erhoben. Weiterhin liefert für Straßenbau und -unterhaltung die Benutzungsgabe für Kraftwagen große Mittel, wiewohl auf den einzelnen Wagen weniger als bei uns zu zahlen ist. Diese Abgabe wechselt zwischen 13 und 50 Dollars im Jahr, je nach den einzelnen Staaten und der Größe und Beschaffenheit der Wagen. So brachten z. B. 26 Millionen Kraftwagen im Jahre 1929 annähernd 3 Milliarden Reichsmark allein an Kraftwagengebühren. Dazu kommt noch eine Gasolinsteuer mit 1–3 Pf., ausnahmsweise auch 5 Pf. auf einen Liter. Trotzdem reichten alle diese Mittel für den Ausbau der Straßen nicht aus. Im Jahre 1929 wurden über 1 Milliarde Reichsmark Anleihen von Staaten, Kreisen und Gemeinden für den Straßenbau aufgenommen. Das Publikum wird für diese Anleihen dadurch gewonnen, daß man ihm u. a. in den Prospekten die künftigen Straßenneue, die es finanzieren helfen soll, vor Augen führt. Im ganzen wurden 1929 rund 4 Milliarden Reichsmark für die Herstellung, Verbesserung und Unterhaltung der Staatsstraßen ausgegeben. Das entspricht 33,3 M auf den Kopf der Bevölkerung (gegenüber nur 4,8 M in Deutschland). In den großen überlandstraßen ist Amerika uns voraus, bei den untergeordneten Verkehrsweegen ist es umgekehrt.

Mit großem Interesse folgten die Zuhörer den gleich anschaulichen wie fesselnden Schilderungen des Vortragenden und waren ihm von Herzen dankbar für die Eindrücke, die er ihnen in die großzügige Meisterung des Fernstraßenproblems im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten bot.

Der Stapellauf des Panzerschiffes „Ersat Preußen“ findet am Dienstag, den 19. Mai, auf den Deutschen Werken Kiel AG, Kiel, statt.

### Letzte Nachrichten

#### Frankösishe Pläne

#### Begenaktion gegen das deutsch-österreichische Abkommen

WPA. Paris, 9. April. (Tel.) In der gesamten französischen Presse wird einer Unterredung zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Laval und dem Außenminister Briand große Bedeutung beigemessen. Eingehendere Angaben als die übrigen Blätter macht „Echo de Paris“. Laval und Briand sollen, so wird ausgeführt, die jüngsten diplomatischen Ereignisse, namentlich die Flottenverhandlungen, das österreichisch-deutsche Abkommen und vor allem die Haltung erörtert haben, welche die französische Delegation in Genf in der Frage der österreichisch-deutschen Zollgemeinschaft einzunehmen gedenkt.

Briand habe sichlich den ersten Gang dieser Partie verloren und wolle jetzt versuchen, den Verlust durch die Vorbereitung wirtschaftlicher Organisationspläne wieder einzubohlen, die seiner Ansicht nach das deutsch-österreichische Abkommen zum Scheitern bringen oder wenigstens in seinen gefährlichen Folgen einschränken sollen. Namentlich würde geprüft werden, ob Frankreich den Agrarländern Mittel- und Osteuropas Vorkaufsmöglichkeiten bewilligen könne, auch wenn deshalb mit dem System der Weisbegünstigungslaufel gebrochen werden müßte. Der Gedanke, einer engen österreichisch-deutschen Zollunion eine gleiche entgegenzustellen, an der Frankreich teilnehmen würde, sei ein Reibelgebilde, das einer näheren Prüfung nicht standhalte. Übrigens böten die 1928 ausgearbeiteten französischen Zolltarife Frankreich nicht mehr den nötigen Schutz. Anfangs kommender Woche würde die Zollpolitik Frankreichs sachlich endgültig festgelegt und amtlich bekanntgegeben werden.

#### Start des „Graf Zeppelin“ nach Ägypten

WPA. Friedrichshafen, 9. April. (Tel.) „Graf Zeppelin“ ist heute früh 6.08 Uhr zur Fahrt nach Ägypten gestartet. Die Führung hat Dr. Cäener, der am Dienstag von seiner Amerika-reise zurückkehrte. In Bord befinden sich 25 Passagiere, u. a. Graf v. Brandenstein-Zepelin, Kapitän E. Booth, der Führer des englischen Luftschiffes R. 100, der bekannte Journalist v. Wiegand und Oberst Gossage, Militärattache der englischen Botschaft in Berlin.

Die Fahrtroute führt bei entsprechender Wetterlage voraussichtlich die Rhône abwärts über Marseille, Korfika, Rom, Neapel und Alexandria. Am Samstag früh gegen 8 Uhr wird das Luftschiff in Kairo eintreffen. Nach Auswechslung der Passagiere wird „Graf Zeppelin“ sofort zu einer Rundfahrt über Ägypten und Palästina wieder aufsteigen, an der auch einige ägyptische Prinzen teilnehmen werden. Am Sonntag erfolgt von Kairo aus der Start zur Rückfahrt nach Friedrichshafen, wo das Luftschiff im Laufe des Montags wieder erwartet wird.

#### Ueber Südfrankreich

WPA. Paris, 9. April. (Tel.) „Graf Zeppelin“ überflog heute früh 9.25 Uhr (franz. Zeit) Wien in Südfrankreich, bei ausgezeichneter Wetter und leichtem Südwind. Um 9.50 Uhr wurde das Luftschiff in 500 Meter Höhe über Balence gestoppt. Das Luftschiff nahm dann Kurs auf Marseille. Das Wetter ist ruhig und die Sicht sehr gut.

#### Eine Note Polens an Rußland

WPA. Warschau, 9. April. (Tel.) Wie die offiziöse „Gazeta Polska“ erfährt, hat die polnische Regierung vor den Osterfeiertagen im sowjetrussischen Konsulatsviertel für Außenbesuch durch ihre Moskauer Gesandtschaft eine Note übergeben, worin gegen die jüngsten polenfeindlichen Demonstrationen in der Sowjettraine protestiert wird.

85. Geburtstag des Eroberers der Lüderibucht. Im Alterheim des Marientales in Braunschwieg feierte am Mittwoch der alte Afrikaner August Einwald seinen 85. Geburtstag. Einwald war es, der im November 1884 an der Santa-Lucia-Bucht in Südwestafrika die deutsche Flagge hißte und damit das Land für das Bremer Großhandelshaus Lüderitz in Besitz nahm. Die „Lüderibucht“ wurde dann der Anfang zu Deutschsüdwestafrika. Einwald, der aus Heidelberg stammt, unternahm in den Jahren 1880 bis 1912 viele Reisen in Süd- und Westafrika. Seine praktische Erforschung Südwestafrikas dienten. 1912 kehrte er nach Deutschland zurück und nahm seinen Wohnsitz in Braunschwieg. Seine Erfahrungen und Erlebnisse schildert er in seinem Buche „30 Jahre in Südwestafrika“.

Trauung im Hause Frankreich. In Palermo fand durch den Kardinal-Erzbischof Veittrano die Trauung des Grafen von Paris, Sohn des französischen Thronprätendenten aus dem Hause Bourbon-Orléans, mit der Prinzessin Isabelle von Orléans-Braganza statt.

Der rumänische Gesandte in London, Alulescu, ist in Ankara eingetroffen. Er erklärte Berichterstattern gegenüber, daß er die Unterstützung aller politischen Parteien erhalten habe, falls er vom König den Auftrag zur Kabinettsbildung erhalte.

### \* Die Einladung nach England

Die britische Außenpolitik verdient sicherlich das eine Lob, nämlich, daß sie ehrlich bestrebt ist, den Völkern Frieden zu erhalten. Die Frage ist nur die, ob sie sich dabei immer der richtigen Mittel bedient, und ob sie die europäische Situation wirklich so betrachtet, wie sie betrachtet werden muß, wenn man den Frieden erhalten will.

Wie ist diese europäische Situation? Sie wird auch heute noch gekennzeichnet durch ein System der Ungerechtigkeit und der Gewalt, durch ein System, das die europäischen Staaten — mit Ausnahme der Neutralen — scharf in zwei Teile trennt, in die Gruppe der Siegermächte, die sich einer Reihe von Vorzugsrechten erfreuen dürfen, und die Gruppe der im Weltkrieg besiegten Mächte, die auch heute noch unter unerträglichen Lasten und törichtesten Vertragsbestimmungen seufzen. Wer eine Politik des Friedens treiben will, der muß vor allem darauf Bedacht nehmen, daß diese Lasten vermindert und diese Bestimmungen der Friedensverträge abgeändert werden! Die Wiederherstellung der Gleichberechtigung sollte das oberste Ziel einer jeden britischen Außenpolitik sein, wenn diese Politik mehr bezweckt, als gelegentliche Söflichkeit und Vermittlungsaktionen.

Der englische Außenminister Henderson hat gestern in einer öffentlichen Rede erklärt, die für den Februar des nächsten Jahres geplante Abrüstungskonferenz werde den Zweck haben, die Nationen gegenseitig davon zu überzeugen, daß „der Krieg abgeschafft werden sollte, weil er die verderblichste und nutzloseste aller menschlichen Torheiten ist“. Das ist gewiß ein gutes Wort. Aber sein Wert wird schon durch den nächsten Satz aus der Rede wesentlich eingeschränkt. Denn dieser Satz besagt, die Abschaffung des Krieges könne nur durch eine Begrenzung der stehenden Heere, durch „ihre Herabsetzung auf das niedrigste mögliche Maß erreicht werden, das sich mit der nationalen Sicherheit vereinbaren läßt“. Nun, da Frankreich immer darauf hinweisen wird, daß seine nationale Sicherheit besonders bedroht sei, wird es immer verlangen, daß man ihm ein besonders starkes und großes Heer bewilligt. In der Praxis muß die Durchführung einer solchen Forderung hinauslaufen auf die Verewigung des jetzt bestehenden Machtverhältnisses, nach welchem Frankreich zehn militärische Triumphe in der Hand hat, und Deutschland nur einen.

Wir sind damit beim Kernpunkt der ganzen Angelegenheit angelangt. Wenn die britische Außenpolitik wirklich der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens dienen will, dann muß sie alles aufbieten, um Frankreich zu einer anderen Auffassung, zu einer Revision seiner bisherigen, ganz eindeutig auf Suprematie abzielenden Politik zu bewegen. Die Wege, die zu dem Friedensziel der englischen Außenpolitik führen, heißen: Revision des Youngplanes, Revision der unsinnigen Territorialbestimmungen des Friedensvertrages von Versailles, soweit sie sich auf den Osten und die Kolonien beziehen, und wahre Abrüstung auf der Grundlage der Gerechtigkeit oder Revision der Entwaffnungsbestimmungen des Friedensvertrages, damit, wenn schon nicht abgerüstet wird, Deutschland dann wenigstens das gleiche Recht auf Bewaffnung erhält, wie die übrigen Großmächte.

Das alles würde natürlich eine vollkommene Änderung der französischen Politik in sich schließen. Und nicht auch der englischen? Ist es wirklich so, daß England mit vollem moralischem Recht den redlichen Vermittler spielen darf? Oder ist es nicht so, daß England selbst sich an dem Genuß eines Friedensvertrages interessiert fühlt, der je länger je mehr als eine brutale Ungeheuerlichkeit erkannt wird? Es war dieselbe Regierung Macdonald-Henderson, die im Haag einen Reparationsplan durchdrücken half, der Deutschland unerträgliche Lasten aufbürdet. Und es war dasselbe Kabinett, das bisher bei fast allen Gelegenheiten der französischen Politik zugestimmt oder zum mindesten keine ernstlichen Hindernisse bereitet hat.

Wir glauben deshalb auch nicht daran, daß der britische Außenminister die Absicht hat, mit seinen deutschen Gästen am 5. Juni die Möglichkeiten und Modalitäten einer vernünftigen Revisionspolitik zu besprechen. Schon allein der Umstand, daß die öffentliche Meinung Frankreichs die anfangs schon für Mai vorgesehene Einladung des deutschen Reichskanzlers und Außenministers mit allen Anzeichen des Unmutes und der Verärgerung kom-

mentierte, hat genügt, daß die britische Regierung den Termin der Einladung verlegt, und zwar auf ein Datum, das hinter dem Datum der Genfer Völkerbundratsstagung liegt. Es werden jetzt also erst die üblichen Besprechungen in Genf stattfinden — natürlich unter Sinuziehung Briands —, und dann wird der deutsche Besuch in London stattfinden.

Der Gedanke ist wohl der, daß man in London oder Chequers Deutschlands Zustimmung zu gewissen Vorschlägen gewinnen will. Und zwar wird es sich darum handeln, daß Frankreich Deutschland gewisse wirtschaftliche und finanzielle Vorteile bietet, wogegen Deutschland dann in den Punkten der Abrüstung und der Disparitäten ganz bestimmte Bindungen auf sich nimmt. England ist vor allem im Hinblick auf Rußland an dieser Aktion interessiert. Die Sache ist die, daß im Juni dieses Jahres der deutsch-russische Vertrag abläuft, und daß die Westmächte eine Politik der Anlehnung Deutschlands an Rußland unter allen Umständen vermeiden möchten, ebenso wie sie vermeiden möchten, daß das Verhältnis Deutschlands zu Österreich, zu Ungarn, überhaupt zu Südosteuropa und zu Italien ein besonderes inniges wird. Es sieht sehr nach Söflichkeit aus, was sich da in der Einladung nach London offenbart. Aber wir dürfen überzeugt sein, daß dahinter sehr wohl überlegte, politische Wünsche und Pläne stecken.

Daß die deutsche Regierung gleichwohl der Einladung gerne nachkommen wird, versteht sich von selbst. Es ist sicherlich gut, daß die deutschen Staatsmänner Gelegenheit bekommen, einmal in einem ganz vertraulichen und beghilichen Gespräch den englischen Staatsmännern zu sagen, was denn nun eigentlich in Wahrheit geschehen müßte, wenn man die an und für sich sehr dankenswerte britische Politik zur Festigung des Friedens zum Siege führen wollte.

Wie eigentümlich zwiespältig die englische Politik ist, je nachdem man sie nun auf ihre Worte oder auf ihre Taten untersucht, zeigt ein Artikel des „Daily Herald“, also des der britischen Regierung nahestehenden Organs der Arbeiterpartei. In diesem Artikel werden die Bemerkungen der französischen Presse zu der Einladung Deutschlands nach London als „reichlich taktlos“ bezeichnet, und es wird gesagt, daß die Auffassung, Frankreich sei berechtigt, sich durch einen deutschen Besuch in London beleidigt zu fühlen, wirklich etwas stark sei, Paris nur schaden könne und in England Verstimmung hervorbringen müsse. Aber Tatsache ist doch, daß die britische Regierung sofort auf den Lärm in Paris hin den für Mai angelegten Besuch um einen Monat verschob!

**Beträchtlicher Rückgang der Arbeitslosigkeit.** Wie zu dem für heute zu erwartenden Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung überläufig verlaute, ist ein beträchtlicher Rückgang der Zahl der Arbeitslosen zu verzeichnen. Wie es heißt, hat sich die Zahl der Arbeitslosen seit dem letzten Bericht um 200.000 vermindert.

**Ministerwechsel in Südschweden.** Der König hat, wie aus Belgrad gemeldet wird, die Demission des Kriegs- und Marine-ministers, General Gahrtsch, der zur Disposition gestellt wird, angenommen. Zu seinem Nachfolger wurde der fürstlich-jugoslavische General Dragomir Stojanowitsch, ernannt.

Bei Marfelle wurde ein Arbeiterzug in einem Tunnel von einer allein fahrenden Lokomotive gerammt. Zwei Arbeiter wurden getötet, einer schwer und zehn andere leicht verletzt.

### Badischer Kunstverein Karlsruhe

Der Verein führt in seinem Bericht für das Jahr 1930 unter anderem aus: Die außerordentliche Dauer der Wirtschaftskrise und ihre immer stärkeren Auswirkungen mußten natürlich auch auf unsere Tätigkeit im Berichtsjahre entsprechend ungünstig einwirken. Der Rechnungsabluß weist daher auch einen Verlust von 2134,66 RM. auf, um den sich das Kapital verminderte. Auf der Tagung der deutschen Kunstvereine, die im Oktober in Speyer stattfand, wurde das Wort geprägt: „Die Kunst darf nicht sterben!“ Gerade die Ungunst der Zeit für Kunst und Künstler hat die Existenzberechtigung und die Unentbehrlichkeit der Kunstvereine einwandfrei erwiesen. Konnten auch in der Nachkriegszeit durch die Kunstvereine nicht mehr solche große Summen wie vor dem Kriege umgesetzt werden, die durch die Gesamtheit der deutschen Kunstvereine jährlich eine Höhe bis zu 1 1/2 Millionen erreichten, d. h. weit mehr, als staatliche und städtische Behörden für den gleichen Zweck ausgeben konnten, so ließen doch heute noch sehr ansehnliche Summen der Künstlererschaft durch Verkaufsbemittlung und durch eigene Veräußerungsanstöße der Kunstvereine zu, leider natürlich viel zu wenig, um der großen Not voll zu steuern. Es muß daher unser vornehmstes Bestreben sein, den Mitgliederstand, das Fundament unseres Vereins, der im Berichtsjahre eine starke Verminderung erfahren hat, durch eifrige Werbung von Mund zu Mund wieder in die Höhe zu bringen.

Durch die Ausstellung „Das Selbstbildnis des Künstlers“, die wir im Februar in unseren sämtlichen Räumen beherbergten, erfuhr der Besuch durch Nichtmitglieder eine ganz außergewöhnliche Steigerung. Die Ausstellung war entstanden aus einem Wettbewerb, den der badische Staat unter den badischen Künstlern ausgeschrieben hatte. Den Besuchern wurde durch den Verein Gelegenheit geboten, durch Abgabe eines Stimmzettels selbst das beste Bild zu bestimmen; diese Anregung fand viel Beifall und den aus der Abstimmung hervorgegangenen vier ersten Preisträgern konnten Geldgaben überreicht werden, die vom Verein und durch Spenden von Vereinsmitgliedern zu diesem Zwecke gestiftet waren.

Von den 15 Ausstellungen, die veranstaltet wurden, seien folgende Gruppen und Einzelausstellungen erwähnt: „Verein kopierender Künstler Berlin“ (Kopien nach alten Meistern); „Frankfurter Künstlerbund“; „Künstlerkreis 1930“ München; „außerhalb Badens lebende badische Künstler (anlässlich des Bad. Heimattags im Sommer)“; „Selbstbildnisse badischer Künstler“; „Künstlerbund Karlsruhe (Studien und Skizzen)“; „Band badischer Künstlerinnen“; „Nachlass-Ausstellungen für Prof. A. Gylh, Hermann Baur und Karl Duffault“; „Kollektive Ausstellungen folgender Karlsruher Künstler: G. Haas, O. und Gehr. Hagemann, W. Henselmann, Er. Krause, W. Mar-

### Keine Reichstags-Einberufung Die Anträge der Opposition abgelehnt

Der Ministerrat des Reichs lehnte, wie bereits kurz gemeldet, am Mittwoch nach längerer Sitzung die Anträge der Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen auf sofortige Einberufung des Reichstags zur Beratung der Notverordnung des Reichspräsidenten ab.

Für den sofortigen Zusammentritt des Reichstags traten nur die Vertreter der drei antragstellenden Fraktionen ein. Hinter diesen stehen jedoch nur 228 Mitglieder des Reichstags; dabei sind die drei dissentierenden Mitglieder des Landvolks bereits zur Opposition gerechnet. Ihnen stehen 849 Mitglieder der übrigen Parteien gegenüber. Der Antrag wurde also nicht, wie Präsident Eberth in der letzten Reichstags-Sitzung als Voraussetzung für eine vorzeitige Einberufung des Reichstags verlangte, von einer Mehrheit des Reichstags unterstützt. Von den Antragstellern wurde auch auf Artikel 24 der Reichsverfassung hingewiesen, der bestimmt, daß der Reichstag auf Verlangen eines Drittels seiner Mitglieder einberufen werden müsse. Die Mehrheit des Ministerrats war jedoch der Auffassung, daß diese Bestimmung nur für die Zeit zwischen zwei Sessionen, also nur für den Fall gelte, daß der Reichstag sich verlagert habe, ohne einen Termin für seinen Wiederzusammentritt festzusetzen.

Wenn auch das Reichstagsplenum zunächst nicht einberufen wird, so ist doch in absehbarer Zeit mit dem Zusammentritt verschiedener Ausschüsse des Reichstags zu rechnen. So soll der Auswärtige Ausschuss zur Beratung der durch die deutsch-österreichische Zollunion und die Abrüstungskonferenz aufgeworfenen außenpolitischen Fragen in absehbarer Zeit einberufen werden.

Der Reichsrat wird seine Arbeiten in der übernächsten Woche wieder aufnehmen. Die Ausschussberatungen des Reichsrats sollen am Mittwoch, den 22. April, beginnen. Die nächste Vollsitzung des Reichsrats ist für Donnerstag, den 30. April, anberaumt worden.

### Abstimmen der Kraftfahrzeugsteuer um 20 v. H. hinter den Vorschlag

Das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer ist mit 14,36 Mill. Reichsmark im Januar und etwa 12,9 Mill. Reichsmark im Februar erneut hinter dem der gleichen Zeit 1930 (Januar 15,08, Februar 13,72) zurückgeblieben. Bereits jetzt zeigt sich, daß der Vorschlag des Reichsfinanzministeriums von 230 Mill. Reichsmark für das Finanzjahr 1930/31 bei weitem nicht erreicht werden wird. Da das Ergebnis von 11 Monaten (April 1930 bis Februar 1931) mit 190,80 Mill. Reichsmark sogar noch um etwa eine Million hinter dem entsprechenden Zeit des Vorjahres zurückbleibt, dürfte nicht mehr als das damals erzielte Aufkommen von 209,48 Mill. Reichsmark erreicht werden. Sicherlich kommt in diesen Ziffern die Depression der Wirtschaft zum Ausdruck.

**Deutsche Note an die litauische Regierung.** Die litauische Regierung hat in letzter Zeit 5 Reichsdeutsche aus dem litauischen Staatsgebiet ausgewiesen. Diese Ausweisungen waren nach Auffassung der deutschen Regierung gemäß Schutzprotokoll zu Artikel 1 des deutsch-litauischen Handels- und Schiffsverkehrsvertrages unzulässig. Nachdem die litauische Regierung es abgelehnt hat, die Ausweisungen zurückzunehmen, hat der deutsche Gesandtschaftsrat in Kowno eine Note überreicht, in der mitgeteilt wird, daß die deutsche Regierung die Ausweisungsfälle dem in Artikel 33 des deutsch-litauischen Handels- und Schiffsverkehrsvertrages vorgesehenen Schiedsgericht unterbreiten werde.

**Aus Österreich ausgewiesen.** Der 60jährige reichsdeutsche Hauptmann a. D. Ludwig v. Wallis aus Weisel a. Rh. wurde für immer aus Österreich ausgewiesen. Seinereisezeit war von Wallis unter der Beschuldigung festgenommen worden, Nationalsozialisten, die wegen Fälschung von zwei Reichsbannerleuten in der Hufelandstraße in Berlin über die österreichische Grenze geschleift waren, Vorstich geleistet zu haben.

tin, Prof. E. Württemberg; Kollektiv-Ausstellungen auswärtiger Künstler: Ost. und Céc. Graf, München, Mor. Mejer, Berlin, Prof. Rud. Sied, Wien, C. Felsmüller, Klotzsche, Alfr. Oppenheim, Frankfurt, Mar. Pfeiffer-Ilrpsch, Berlin, Prof. Eberh. Ege, Stuttgart, und eine Nachlass-Ausstellung für Prof. W. Hengeler. Eine Majorell- und eine Modin-Ausstellung fanden viel Beachtung.

Die alljährliche Verlosung fand am 19. Dezember statt. Als erfreulich darf bezeichnet werden, daß sich die Anzahl, wie auch die Erlöse Summe der durch unsere Vermittlung getätigten Verkäufe an Private gegen das Vorjahr, wenn auch nur unwesentlich, doch etwas erhöht hat. Zwei Beiträge, die sich beide großen Interesses erfreuten, fanden statt: Im März ein Lichtbildvortrag von Kurt Gieseler, Berlin, über eine Reise „Von Dalmatien nach Süd-Mazedonien“ und im Dezember ein Vortrag über das Thema „Künstler und Kritiker“ von Dr. Rob. Volz, Berlin. Dieser Vortrag war veranstaltet gemeinsam mit dem Verein bildender Künstler, Karlsruhe.

Die Zahl der Mitglieder betrug am Jahresabschluss 1934, die Zahl der Besucher mit Tageskarten (Nichtmitglieder) im Jahre 1930: 5975, die Zahl der ausgestellten Kunstwerke: Karlsruhe: Künstler: 41: 1277, Graph.: 306, Plast.: 90 = 1673 Werke; auswärtige Künstler: 41: 1096, Graph.: 296, Plast.: 130 = 1522 Werke, zusammen 8195 ausgestellte Werke. 213 Verkäufe im Betrage von 19.685 RM. wurden vermittelt (1929: 230 im Betrage von 28.616 RM.).

**Hilfsexpedition für Prof. Wegener.** Der Gouverneur von Grönland, Daugaard Jenzen, erklärte der Kopenhagener Zeitung „Politiken“ gegenüber, daß angeblich von der westgrönländischen Station Amarnuut eine Hilfsexpedition vorbereitet wird, die nachforschungen nach dem deutschen Gelehrten Professor Wegener anstellen wird. Die Expedition wird, sobald das Wetter milder geworden ist, aufbrechen.

**Die Société Internationale de Chirurgie** hat den 1920 erklärten Anschluß Deutschlands, Österreichs und Ungarns in aller Form mit dem Ausbruch des Bedauerns zurückgenommen. Damit ist der Anschluß Deutschlands an die Internationale Gesellschaft für Chirurgie wiederhergestellt.

**Londoner Erstaufführung des Lustspiels „Im weißen Rössl“.** Das deutsche Lustspiel „Im weißen Rössl“ wurde am Mittwoch in London, in genauer Wiedergabe der von Charrell inszenierten Berliner Aufführung zum ersten Male aufgeführt. Das Publikum nahm das Lustspiel mit stürmischem Beifall auf. Die Londoner Morgenpresse stellt die Aufführung als Tagesereignis für die Londoner Theaterwelt dar. — So sagt „News Chronicle“, daß es auf einer Londoner Bühne niemals eine so vollkommene Vorleistung gegeben habe. „Daily Express“ schreibt, daß das „Weiße Rössl“ monatlang Tagesgespräch von London sein werde, während „Morning Post“ von „dem Erfolg des Jahresberichts“ spricht.

### „Der Sterbende Bürger“

Unter der Überschrift „Der Sterbende Bürger“ — ein Wort zum Steuervereinfachungsgesetz — bringt der „Bad. Beobachter“ einen sehr guten Artikel von H. Korherr:

Der Materialismus der Zeit hat zum Groß- und Niesensbetrieb mit seinen bestillosen Arbeiterheeren geführt, zur Konzentration der Wirtschaftskräfte in immer weniger Händen und an immer weniger Orten. Der Mittelstand wird zwischen Niesensbetrieben und Industriearbeiterkraft zerrieben, und mit ihm das Bürgertum als solches. Wenn auch das Bürgertum heute nicht mehr in demselben Tempo zurückgeht wie um die Jahrhundertwende, so ist doch seine Beschränkung auf die unrentabelsten Gebiete immer deutlicher. Allerdings muß man dabei von gewissen größeren Gewerbezweigen absehen, die sich für Großbetrieb nicht so eignen wie für das Handwerk, aber dabei großenteils nicht mehr Handwerk sind, sondern Kleinindustrie (in der Kleinfabrik).

Im allgemeinen ist eine **Verarmung und Proletarisierung des Mittelstandes, des Bürgertums** unvermeidbar. „Begüterte“ Bauern haben heute großenteils eine länglichere Lebenshaltung als der Industriearbeiter, und der selbständige Gewerbetreibende im großen und ganzen kaum eine bessere. Daher auch die politische Zersplitterung des Bürgertums, daher seine „Sozialisierung“ und Radikalisierung. Diese Proletarisierung und damit Radikalisierung des Bürgertums wird durch die Gesetzgebung noch gefördert. Die Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches ist seit der Revolution ein dauernder Verstoß gegen jenen Artikel 164 der Reichsverfassung, der den selbständigen Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel in Gesetzgebung und Verwaltung gefördert und gegen Überlastung und Aufsaugung geschützt wissen will. Man zielt immer deutlicher darauf ab, die Proletarisierung der Massen und die ungehinderte Ansammlung und Vertätigung der ungebundenen Niesensvermögen (unter dem Stichwort des „sozialen Verständnisses“ nach unten und der „Kapitalbildung“ nach oben) mehr und mehr zu verwirklichen, indem man den allerleinsten und anbedeutendsten den Groß- und Niesensbetrieben und besonders den flutierenden Niesensvermögen eine Steuer nach der anderen von den Schultern nimmt, während Lasten über Lasten dem festen Besitz in Landwirtschaft und Gewerbe aufgebürdet werden. Immer mehr ist es — nicht nur in Deutschland — der feste Besitz, insbesondere das bodenständige, personengebundene, nicht kapitalisierte Gewerbe, das von der Steuererhebung am meisten getroffen wird. Das Bürgertum und besonders der gewerbliche Mittelstand trägt die Last und bricht schließlich darunter zusammen, ohne daß ihm Hilfe wird, denn es hat nicht die Macht und die zielgerechte Geschlossenheit, um Einfluß auf die Steuererhebung zu gewinnen. So diffundiert das Großkapital und das von ihm abhängige Proletariat die Gesetze des Reiches.

Im deutschen Süden (und auch einigen norddeutschen Gebieten, wie zum Beispiel Oldenburg) ist noch immer der Mittelstand die führende Schicht des Staates. Der Anteil an Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen unter den Berufszugehörigen ist in Bayern (46,9 Prozent), Württemberg (47,4 Prozent) und Baden (42,0 Prozent), viel höher als im ganzen Reich (32,8 Prozent) oder Sachsen (24,1 Prozent) oder Berlin (19,7 Prozent). An Arbeitern hingegen zählt die Rheinprovinz zum Beispiel um fast 1 Million mehr als Bayern, obwohl sie weniger Einwohner zählt als Bayern. Die proletarischen Gebiete sind zugleich auch die reichsten des Reiches, d. h. der entworfenen Masse stehen die Macht der Niesensbetriebe und Konzerne und die Niesensvermögen der Industrieunternehmen gegenüber. Darum sind diese Gebiete auch die politisch unruhigsten. Darum ist andererseits der deutsche Süden mit seiner weitgehenden sozialen Ausgeschlossenheit während der trüben Nachkriegszeit (trotz aller Umtriebe von Nicht-süddeutschen oder Nichtdeutschen) der Sort der staatsbejahenden deutschen Kräfte gewesen, darum hat der deutsche Süden noch heute eine klare christlich-vaterländische Politik, die dem Bauern und den städtischen Mittelstand gegen Proletarisierung und die Mächte des Geldes zu schützen beabsichtigt ist. Darum sind im deutschen Süden noch heute die kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Gegensätze nicht entfallen so groß wie im den mittelstandarmen Gebieten des Reiches.

Das Steuervereinfachungsgesetz ist ein Kind der (besonders im Rheinland und in Berlin fundierten) großkapitalistisch-sozialistischen Wahlverwandtschaft und gegen den Mittelstand, gegen das Bürgertum gerichtet. Es ist zwar unter der Devise „Senkung der Belastung der Mammufbetriebe bringen, während es die Lasten der Mittel- und Kleinbetriebe (mit Ausnahme der Kleinsten) gewaltig erhöhen wird.“

Der badische Zentrumsgouverneur Dr. Föhr hat im Reichstags tag festgelegt, daß im deutschen Süden „das Handwerk, der gewerbliche Mittelstand, durch die neue Gesetzgebung (Steuervereinfachungsgesetz) ganz erheblich betroffen zu werden droht“. Besonders wandte er sich gegen die Ausschaltung der Besteuerung des Gewerbetreibenden. Er sagte dazu: „Es liegt auf der Hand, daß bei der Besteuerung des Gewerbetreibenden, natürlich die Großbetriebe viel stärker herangezogen werden als die kleinen und kleinsten handwerklichen Betriebe. ... Da künftig ... die gesamte Gewerbebesteuerung aus dem Gewerbeertrag erhoben wird, ergibt sich ohne weiteres, daß hier eine Lastenverschiebung gerade auf Kosten der kleinsten handwerklichen Betriebe, aber auch der mittleren Betriebe droht.“ Dr. Föhr machte auf die weitere Gefahr aufmerksam, daß dann, wenn der Gewerbeertrag ausschlaggebend ist und das Gewerbetreibende nur hilfsweise herangezogen wird, natürlich die Möglichkeit gegeben ist, auf dem Wege über sogenannte Solidargesellschaften den Ertrag zu beeinträchtigen und ihn so weit herunterzubringen, daß als Ertrag nur noch die sechsprozentige Verzinsung des Gewerbetreibenden übrigbleibt. Wenn ein höherer Ertrag vorhanden ist, kann er auf diesem Wege unter Umständen verschoben werden.“ Deutlicher kann man auf diese, selbstredend nur für Groß- und Niesensbetriebe geltende Möglichkeit nicht mehr eingehen.

Dr. Föhr konnte noch darauf hinweisen, daß im Württembergischen Landtag die Regierung über „das unerwünschte Ergebnis der Steuervereinfachung für Württemberg“ gesprochen hat, und daß im Badischen Landtag sich alle Parteien gegen das Steuervereinfachungsgesetz in seiner heutigen Form gewandt haben. Er erklärte dazu: „Sie sehen daraus, die Nachprüfung des Steuervereinfachungsgesetzes ist keineswegs eine bayerische Frage, wie es manchmal hingestellt wird; sondern sie eine Frage, die das Reich angeht.“

**Zahlenmäßige Belege über die wirtschaftlichen Folgen des Steuervereinfachungsgesetzes** hat Regierungsrat Dr. Meißner in seinem ausgezeichneten Aufsatz im „Deutschen Süden“ gebracht. Danach ist als erwiesen anzusehen, daß nach dem Steuervereinfachungsgesetz die kleineren und mittleren Gewerbebetriebe, z. B. in Bayern bis zu 80 Proz., mehr an Gewerbeertrag zu zahlen haben als bisher, ja, daß die Belastung selbst das Doppelte wie bisher ausmachen kann, wenn der Umsatz noch etwas höher wird. Die Niesensbetriebe hingegen (und die o. a. Kleinsten Betriebe) werden ungeheuer (teils bis



Die Großhandelsindexziffer für den Monat März ist mit 113,9 gegenüber der im Februar mit 114,0 fast unverändert geblieben.

### Karlsruher Hafenverkehr im März

Der Wasserstand des Rheins hat im Monat März 1931 sehr geschwankt. Von 535 Zentimeter — am Pegel zu Mainz gemessen — am Anfang des Monats ist er bis zum 7. d. M. unter Schwankungen auf 664 Zentimeter, also nahe der Hochwasserlinie, gestiegen und bis zum Schlusse des Monats sodann unter Schwankungen auf 527 Zentimeter zurückgegangen. Bei der Großschiffahrt nach Karlsruhe waren im Monat März 1931 infolge des verhältnismäßig hohen Wasserstandes Schiffslieferungen nicht erforderlich.

Im Karlsruher Rheinhafen sind im Monat März 1931 83 Güterboote und Motorschiffe sowie 174 Schleppfähne angekommen und 87 Güterboote und Motorschiffe, sowie 157 Schleppfähne abgegangen. Der Schiffsverkehr im Karlsruher Rheinhafen war hiernach im Monat März 1931 beim Güterverkehr sowie bei dem ankommenden Frachtgutdienst ganz erheblich stärker als im Monat Februar 1931, während beim abgehenden Frachtgutdienst die Steigerung des Schiffsverkehrs verhältnismäßig gering war.

Auch der Güterverkehr war im März 1931 sowohl bei der Ankunft wie beim Abgang erfreulicherweise stärker als im Februar 1931; insgesamt betrug die Steigerung gegenüber dem Vormonat rund 20 000 Tonnen. Verglichen mit dem März 1930 ergibt sich eine Steigerung um rund 35 000 Tonnen.

Rheinische Gummi- u. Cellulosefabrik, Mannheim-Redaran. Die Gesellschaft, deren Aktienmehrheit im Oktober 1929 (Aktienkapital 4 Mill. RM. St.-A. und 6000 RM. B.-A.) in den Besitz der F. G. Farbenindustrie-A.G. nahebestehenden Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff A.G. in Köln übergegangen war, hat die gesamte Fabrikeinrichtung des Werkes Rheinau an die Firma J. Adler jun., Frankfurt a. M. und die Eisen- und Metallhandels-Gesellschaft in Hannover zur Verpachtung verkauft. — Das Werk Rheinau ist übrigens seit langem stillgelegt. Das Hauptwerk Redarau bleibt nach wie vor bestehen.

### Aus der Landeshauptstadt

Einstellung des Zugverkehrs auf der Raigauer Schiffsbrücke. Wegen Beschädigung der Schiffsbrücke durch einen Dampfer mußte der gesamte Zugverkehr über den Rhein bei Raigau am Mittwochvormittag eingestellt werden. Die Personenzüge verkehren bis auf weiteres nur bis und ab Raigau bzw. Maximiliansau. Der gesamte Güterverkehr wird über Graben-Neudorf-Germersheim umgeleitet. Dauer der Sperre voraussichtlich mehrere Tage. Fußgängerverkehr über die Brücke wird aufrechterhalten. — Über den Unfall wird berichtet: Am Mittwochvormittag verfuhr der unter holländischer Flagge fahrende Dampfer „Dranje 3“, die geöffnete Rheinbrücke rückwärts zu passieren. Der Dampfer fuhr in ziemlich schneller Fahrt gegen das sogenannte Landloch auf bayerischer Seite, das sehr stark beschädigt wurde. Die gesamte Brücke wurde bei dem Zusammenstoß schwer erschüttert. Schienenträger und Spindeln wurden stark verbogen, die Eisenbahnschienen hingen frei in der Luft. Das Boot wurde am Landkasten beschädigt. Der Fußgängerverkehr konnte gegen Mittag provisorisch aufgenommen werden. Auch der Verkehr für Lastkraftwagen wird für längere Zeit unterbrochen sein. — Von der Reichsbahndirektion wird uns mitgeteilt: Bis zur Wiederherstellung der Schiffsbrücke bei Raigau verkehren die Züge 50/51 über Graben-Neudorf-Germersheim-Landau, die Züge 219/220 fallen auf der Strecke Karlsruhe-Raigau-Landau aus. Die Reisen werden mit den Zügen D 75/119 bzw. D 220/76 über Graben-Neudorf-Germersheim befördert. Die Züge D 120/76 halten zu diesem Zweck in Graben-Neudorf.

Für die Deutschen in Südwest- und Ostafrika. Zur Unterstützung der deutschen Schulen, Kinderheime, Krankenhäuser und Wöchnerinnenheime in unseren alten Kolonien Südwest- und Ostafrika veranstaltet die koloniale Arbeitsgemeinschaft Karlsruhe in dieser und nächster Woche eine Hausausstellung und am kommenden Samstag nachmittag und Sonntag eine Straßenausstellung in Karlsruhe. Es wird uns dazu geschrieben: Unsere Volksgenossen in Übersee führen den gleichen Kampf, ringen ebenfalls unter der Wirkung der Weltwirtschaftskrise um ihre Existenz. Zu ihrer wirtschaftlichen Ratgeberschaft noch die vollstündige Not. In fremder Umgebung führen sie den schweren Kampf um die Erhaltung ihres Deutschtums. Unter großen persönlichen Opfern ist es ihnen bis jetzt gelungen, ihren Kindern in deutschen Schulen eine deutsche

Erziehung zuteil werden zu lassen. Das Bestreben der Mandatsverwaltungen geht aber dahin, diese deutschen Schöpfungen zugrunde gehen zu lassen und so die deutschen Kinder in englischen Schulen unter angelsächsischen Einfluß zu bringen. Darum muß die Heimat helfen. Wertvolle Arbeit im Kampfe um die Pflege und Erhaltung deutschen Wesens in den deutschen Siedlungen wird auch unter dem Zeichen des roten Kreuzes geleistet. In tranken und schweren Tagen erlebt der deutsche Siedler und die deutsche Siedlersfrau ein Stück der Heimat, wenn sie auch draußen liebevolle Aufnahme in von deutschen Ärzten geleiteten und von deutschen Schwestern betreuten Krankenhäusern und Wöchnerinnenheimen finden. Wie die Schulen bedürfen auch diese Einrichtungen der Menschliebe unserer besondern Fürsorge.

Colosseumtheater. Zu einem Kurzgaßspiel sind die beiden hier so beliebten Kölner Komiker Carl Schmitz und Joseph Weißweiler mit ihrem Ensemble eingetroffen. Es sind natürlich wieder Schwänke, die sie mitgebracht haben, und wenn der eine davon sogar „Die Kölner Filiale“ heißt, so weiß jeder, daß echter rheinischer Humor nicht fehlen wird. Das ist nun auch sehr däftig und wirklich unterwältig der Fall, man vergißt darüber völlig die literarische Belanglosigkeit, die an sich eigentlich der von Curt Kraus und Max Keal stammende Dreierakter darstellt. Aber da ist eben vor allem Carl Schmitz, der sich die Figur des lebensmüden Helden Anton Müller als eine Bombenrolle zurechtgelegt hat; er braucht nicht einmal erst zu reden, und schon erzwingt er donnerndes Lachen. Im bunten Durcheinander des lustigen Geschehens verliert aber auch alle übrigen Mitwirkenden, ihre Sonderart ins beste Licht zu rücken, ob es sich nun um männliche oder weibliche Spieler handelt. Neben Josef Weißweiler, der einen Beiratsmann mmt, erweisen sich in erster Linie noch Minni Erdmann (Trene) und Oly Sabat (Lunemarie) sowie Othmar Bloß und Hans Thissen als bewährte Charaktere. Wenn das Publikum auch das nächste Stück „Der verhängnisvolle Freit“, dessen Premiere am 10. April stattfindet, mit der gleichen Beiterkeit begrüßt und aufnimmt wie dieses, werden sich die Kölner über die Theaterfreudigkeit der Karlsruher kaum zu beklagen haben.

Badisches Landestheater. In Carl Rudmayers „deutschem Märchen“, „Der Hauptmann von Köpenick“, das am Freitag, dem 10. April, vom Intendanten Dr. Waag inszeniert, zur hiesigen Erstaufführung kommt, ist das gesamte Herrenpersonal des Schauspielers in mehr als 60 Rollen beschäftigt, außerdem in wichtigen Aufgaben die Damen Ermarth, Genter, Janl, Rademacher, Seiling, u. a. — Die Titelfigur spielt Felix Baumbach. Die 17 Bühnenbilder erstellte Lorien Sedt, die kostümliche Ausstattung Margarete Schellenberg.

Café Odeon. Die neue Orchester-Kombination Dolezel-Haas-Mahagony gibt heute in ihrer Besetzung von 10 Herren ihr erstes großes Sonderkonzert. Morgen, Freitag, 20 1/2 Uhr, ist „Abend heiterer und moderner Musik“. Anschließend findet die erste Übertragung durch den Sinfoniestand. (Näheres siehe in der Anzeige der heutigen Ausgabe.)

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Die neuerdings wiederhergestellte und gestrigte Hochdruckwetterlage stellt weiterhin für unser Gebiet heiteres und trodenes Wetter in Aussicht. Die Temperaturen werden tagsüber jetzt etwas stärker ansteigen. — Voraussage: Heiter, trocken und tagsüber wärmer bei schwachen östlichen Winden. In der Ebene nur noch stellenweise nachts leichter Bodenfrost.

Wasserstände: Waldshut 316 plus 4, Basel 120 minus 4, Schutterinsel 186 plus 3, Rehl 325 plus 1, Raigau 419 plus 3, Mannheim 435 minus 5, Caub über 300 Zentimeter.

### Kurze Nachrichten aus Baden

W. Mannheim, 9. April. Die Unterschriftenausstellung für Pfarrer Eckert ist — wie mitgeteilt wird — abgeschlossen. In Mannheim und Umgebung wurden rund 36 000 Unterschriften gesammelt, in Karlsruhe und Umgebung etwa 28 000. Mit den noch ausstehenden Ergebnissen aus dem Oberland wird mit insgesamt 100 000 Unterschriften gerechnet.

W. Pforzheim, 9. April. Heute nach gegen halb 1 Uhr brach im „Gasthaus zum Löwen“ im benachbarten Elmendingen aus noch unbekannter Ursache Feuer aus, das sich trotz dem energischen Eingreifen der hiesigen und umliegenden Feuerwehren so rasch verbreitete, daß das ganze, ziemlich ausgedehnte Gebäude bis auf den Grund niederbrannte.

W. Baden-Baden, 8. April. Erzbischof Dr. Carl Friz ist heute mittag gegen 12 Uhr in Baden-Baden eingetroffen und wird im Kloster Lichtental einige Zeit Aufenthalt nehmen.

W. Weisbach, 8. April. Hier starb im Alter von 81 Jahren Altbürgermeister und Ehrenbürger der Gemeinde Weisbach Gustav Heilmann.

W. Freiburg, 8. April. Der zum Direktor der Handwerkskammer Freiburg ausserlehene Syndikus Dr. Eckert ist nicht der Sohn des jetzigen Direktors Eckert. Er steht zu diesem überhaupt in keinem verwandtschaftlichen Verhältnis.

W. Heilbronn, 9. April. Die Lohnunterschiede bei den Durchlichtarbeiten am Neckarkanal sind auf einer Basis von 10,5 Prozent Lohnkürzung beigelegt worden. Die Belegschaft von rund 270 Mann hat vollgültig die Arbeit wieder aufgenommen.

## Staatsanzeiger

### Erste juristische Prüfung im Frühjahr 1931

Auf Grund der im Frühjahr 1931 abgelegten ersten juristischen Prüfung sind folgende Rechtskandidaten zu Referendaren ernannt worden:

Baur Konrad aus Konstanz, Böhler Franz aus St. Blasien, Böhler Erwin aus Tiefenbrunn, Burk Arthur aus Pforzheim, Decker Karl Ludwig aus Tauberhofsheim, Denner Georg aus Heidelberg, Diez Theopont aus Adolfszell, Dittes Friedrich aus Mannheim, Dornes Karl aus Michelbach, Eberle Max aus Mannheim, Eisele Hans aus Freiburg, Eisenlohr Wolfgang aus Offenburg, Ellinger Berner aus Heidelberg, Ernst Waldemar aus Mannheim, Förberer Leo aus Mannheim, Franz Erwin aus Karlsruhe, Freitag Werner aus Pforzheim, Freiherr von Gemmingen-Gornberg Sigmund aus Stuttgart, Glag Alfons aus Kappel, Glädter Helmut aus Borms, Gagnauer Georg aus Sinsheim, Geismann Wilhelm aus Freudenberg, Giegert Erwin aus Freiburg, Kramer Otto aus Konstanz, Kraus Erwin aus Adolfszell, Lehmann Kurt Georg aus Bühl, Leucht Karl aus Baden, Liebholt Trude aus Mannheim, Losacker Ludwig aus Mannheim, Meiser Walter aus Karlsruhe, Müller Karl aus Konstanz, Müller Wolfgang aus Charlottenburg, Rufinus Ernst aus Konstanz, Rothelber Hans aus Lahr, Richter Kurt aus Konstanz, Rübinger Ludwig aus Mannheim, Rudmann Erich aus Pforzheim, Dr. Sattler Ernst aus Freiburg, Schäfer Walter aus Konstanz, Tobler Maxim aus Breslau, Trautwein Hans aus Pforzheim, Nebel Johann aus Darmstadt, Ulmer Kurt aus Heidelberg, Amstatter Otto aus Stuttgart, Wolff Grete aus Mannheim, Wolfhard Friedrich aus Dürren.

Karlsruhe, den 1. April 1931.

Der Justizminister:  
J. B. Dr. Schmidt.

### Fortliche Staatsprüfung 1931.

Die nächste fortliche Staatsprüfung beginnt am Dienstag, den 26. Mai 1931.

Anmeldungen bis spätestens 5. Mai d. J. an die Fortabteilung.

Die schriftlichen Arbeiten sind, soweit noch nicht eingereicht, ebenfalls bis zu diesem Zeitpunkt vorzulegen.

Es wird darauf hingewiesen, daß das Bestehen der Staatsprüfung keinerlei Anspruch auf Anstellung im Staatsdienst gewährt.

Karlsruhe, den 7. April 1931.

Ministerium der Finanzen.  
Fortabteilung.

## Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhestellungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Finanzministeriums  
Wasser- und Straßenbauverwaltung

Berufset:  
Bermessungsrat Christoph Stolz in Rastatt zur Wasser- und Straßenbauverwaltung nach Karlsruhe, Bauoberinspektor Karl Dauth beim Kulturbauamt Heidelberg zum Wasser- und Straßenbauamt Konstanz.

Gestorben:  
Straßenwärter Gottlieb Hartmann in Gondelsheim am 27. März 1931, Bermessungsrat Wilhelm Ebner in Bühl am 31. März 1931.

**Café Odeon**  
**Dolezel-Haas-Mahagony**  
10 Solisten, 40 Instrumente, 2 Flügel  
Heute abend: **Erstes großes Sonder-Konzert**  
Leitung: Franz Dolezel  
Morgen Freitag 20 1/2 Uhr: **Abend heiterer und moderner Musik**  
Leitung: Franz Dolezel und Karl Haas  
Anschließend: **Erste Südfunk-Übertragung**  
der durch die Solisten des Haus-Orchesters verstärkten Kapelle Haas-Mahagony aus dem Lokal  
L.115

**Einladung!**  
Auf Grund des § 24 Abs. 2 der Satzung werden die Mitglieder der Sektion VII der Großhandels- und Lagerbetriebsgenossenschaft, Mannheim, zu der am Dienstag, den 5. Mai 1931, mittags 12 1/2 Uhr, in Bad Dürkheim (Bfald), Carl-Hotel, stattfindenden  
**45. ordentlichen Sektionsversammlung**  
begegnung eingeladen. R.114  
Zugehörigkeit:  
1. Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung für 1930.  
2. Aufstellung des Voranschlags für 1932.  
3. Wahl des Rechnungsprüfungsausschusses für 1932.  
4. Etwa noch eingehende Anträge, bzw. sonstige Genossenschaftsangelegenheiten.  
Mannheim, den 11. April 1931.  
Der Vorstand  
der Großhandels- und Lagerbetriebsgenossenschaft, Sektion VII, Mannheim.  
Helmuth, Vorsitzender.

**Badisches Landestheater**  
Freitag, den 10. April 1931  
\* F 21 (Freitagmiete)  
Tg.-Gem. 1001—1100  
und 1251—1300  
Zum erstenmal  
**Der Hauptmann von Köpenick**  
Ein deutsches Märchen von Rudmayer  
Regie: Dr. Waag  
Mitwirkende:  
Ermarth, Genter, Janl, Rademacher, Seiling, Gufe, Gebeisen, Müllich, Sauer, Baumbach, Brand, Dahlen, Graf, J. Gröhinger, Herz, Hirtl, Häder, Hopsach, Just, D. Kienker, S. Kienker, Klobie, Kuhne, Ruther, Rehner, Müller, Prüter, Schulze, v. d. Trend, Aras, Eich, Grimm, Hölger, Kilian, Kleinbus, Lindemann, Luger, Meyer, Nagel, Reidingner, Rivinius, Seibert, Schmitt, S. Müller, Rinkler  
Anfang 20 Ende 23  
Preise A (0,70—5 RM)

**Staats- und Gemeindebehörden**  
sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der bad. Regierung der  
**Karlsruher Zeitung**  
Badischer Staatsanzeiger

**Gemeinnützige Eisenbahner-Baugenossenschaft e. G. m. b. H.**  
Karlsruhe  
**Bilanz vom 31. Dezember 1930**

Vermögen		Schulden	
	RM		RM
Gebäudekonto	1 318 930,—	Geschäftsguthaben	80 481,81
Neubaukonto	579 975,49	Gesell. Rücklage	40 662,28
Geschäftsverrechnung	500,—	Hilfsrücklage	10 000,—
Straßenkosten	3 116,74	Erneuerungsrücklagen	55 567,12
Darlehenskonto	25,—	Hypothekenschulden	1 645 439,48
Bank, Postkassa, Sparkasse	14 897,81	Baudarlehen von Mitglied.	45 532,23
Kasse	908,31	Spareinlagen	27 066,84
Rückstände	15 454,24	Anteile ausg. Mitglieder	640,66
		Rückstände	15 248,84
		Reingewinn	13 168,25
	<b>1 933 807,59</b>		<b>1 933 807,59</b>

**Mitgliederbewegung**  
Stand am 1. Januar 1930 . . . . . 435  
Zugang 1930 . . . . . 34  
Abgang . . . . . 469  
Stand am 31. Dezember 1930 . . . . . 457

Die Geschäftsguthaben haben sich im Laufe des Geschäftsjahres um 6 295,18 RM vermehrt; die Summe hat sich um 4 400,— RM vermehrt und beläuft sich auf 91 400,— RM.

Die Genossen werden zu der am 18. April 1931, abends 7 1/2 Uhr, im Saale der Volkshalle, Augartenstr. 29, stattfindenden XI. ordentlichen Hauptversammlung eingeladen. Ausweis Mitgliedsbuch.

Anträge zu derselben sind bis spätestens 14. April 1931 auf unserem Geschäftsamt, Hauptstr. 37, einzureichen.

Der Vorstand: gez. Schille, Vogt, Dreier, Raier  
Der Aufsichtsrat: gez. Menges, Bärle

Druck G. Braun, Karlsruhe.